

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung20.02.1986
ei-mm

Abg. Paus (CDU) macht ergänzend deutlich, seine Fraktion habe für diesen Haushalt bewußt zwei Schwerpunkte gesetzt: die Verbesserung der Personalhaushalte der Justiz und der Polizei. Die CDU-Fraktion sei bereit, aus anderen Bereichen des Landeshaushalts dafür Gelder freizugeben. Die Deckung der Personalanträge durch Umschichtungen innerhalb des Einzelplans 03 zu erreichen, sei in der Tat nicht möglich; wenn man sich nur in dem durch den Haushaltsentwurf vorgegebenen Rahmen bewege, könne man keine Schwerpunkte setzen.

Gerade im Hinblick auf die von Frau Larisika-Ulmke angesprochene demographische Entwicklung halte die CDU es für erforderlich, weitere Polizeianwärter einzustellen. Dafür spreche auch, daß es im Moment möglich sei, qualifizierte Nachwuchskräfte zu bekommen. Es sei nicht sinnvoll, Neueinstellungen nur nach den jeweiligen Möglichkeiten des Landeshaushalts vorzunehmen; im Hinblick auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Entwicklung der Polizei sei auch eine gewisse Kontinuität bei der Vornahme der Neueinstellungen erforderlich.

Staatssekretär Dr. Munzert (Innenministerium) widerspricht der Bemerkung von Frau Larisika-Ulmke, es fehle an einem Konzept für die innere Sicherheit. Für die Arbeit der Polizei gebe es auch inhaltliche Schwerpunkte; über sie sollte bei anderer Gelegenheit vielleicht einmal gesprochen werden. Was die demographische Entwicklung angehe, verfüge das Ministerium durchaus über Planungen, bis zum Jahre 2000 genügend Nachwuchs für die Polizei heranzubilden. - Frau Abg. Larisika-Ulmke (F.D.P.) konkretisiert ihre Bemerkung dahin, daß der Haushalt ein solches Konzept nicht erkennen lasse. Vielleicht könne man die Konzeption im Hinblick auf die zunehmende Belastung der Polizei demnächst einmal erörtern.

Abg. Guttenberger (SPD) stellt an die Befürworter einer Trennung der Stellenpläne von Schutz- und Kriminalpolizei die Frage, ob sie an die Beförderungsmöglichkeiten gedacht hätten, die sich durch die Zusammenlegung für die Schutzpolizei ergeben hätten. Konsequenterweise müßte man im Falle einer Trennung der Stellenpläne bei den Beförderungsstellen der Schutzpolizei so viele ku-Vermerke anbringen, daß die Ausgangslage wieder hergestellt werde.

Ob im Falle einer Zusammenlegung der Stellenpläne bei der Schutzpolizei ku-Vermerke anzubringen seien, ist nach Meinung des Abg. Paus (CDU) eine Frage der Haushaltstechnik. Im Vergleich zu anderen Bundesländern seien die Beförderungsmöglichkeiten für die Schutzpolizei in Nordrhein-Westfalen nur sehr wenig ausgeschöpft worden. Generell halte er eine Verschiebung von Beförderungsmög-

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung

20.02.1986
ei-mm

lichkeiten von der Kriminal- auf die Schutzpolizei für nicht sinnvoll, sondern plädiere dafür, in getrennten Stellenplänen für jeden Bereich vernünftige Beförderungsmöglichkeiten sauber auszuweisen.

Abg. Reinhard (SPD) fragt zu dem Antrag der F.D.P., bei der Öffentlichkeitsarbeit 21 000 DM zu kürzen, worin nach Meinung der Antragstellerin die in der schriftlichen Begründung geltend gemachte "überzogene Selbstdarstellung der Landesregierung" konkret liege. - Frau Abg. Larisika-Ulmke (F.D.P.) nennt als Beispiel, daß die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten an jede einzelne Dienststelle per Post versandt worden sei. - StS Dr. Munzert stellt klar, daß die Versendung der Regierungserklärung nicht vom Innenminister vorgenommen und nicht aus dem Polizeietat finanziert worden sei.

Zu der von Abg. Reinhard geäußerten Erwartung, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung des Bundes geändert werde, merkt Abg. Paus (CDU) an, nach seinen neuesten Informationen aus Bonn sei die Angelegenheit zur Zeit relativ festgefahren. Zwar hätten Bundes- und Landesinnenminister einstimmig die Auffassung vertreten, daß es für den mittleren Dienst einen neuen Schlüssel - 40 : 40 : 20 - geben solle, und auch der Bundesfinanzminister habe sein Einverständnis dazu erklärt; der Arbeitskreis der Finanzministerkonferenz der Länder habe jedoch den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Auf eine Änderung noch in diesem Jahr wage er deshalb kaum zu hoffen. - StS Dr. Munzert weist darauf hin, daß auch in der Finanzministerkonferenz die CDU/CSU-regierten Bundesländer die Mehrheit hätten.

Abg. Jentsch (SPD) zeigt sich erfreut, daß bezüglich der beantragten Veränderungen im Bauetat der Polizei zwischen den Fraktionen Einvernehmen bestehe. Er sei selbst in Bad Salzuflen gewesen und habe festgestellt, daß angesichts des Zustandes der dortigen Polizeistation dringend etwas geschehen müsse. Von daher sollte die Baumaßnahme so schnell wie möglich in Angriff genommen werden.

Zur Polizeistation Langenfeld bemerkt Abg. Guttenberger (SPD), als Mitglied des Polizeibeirats des Kreises Mettmann sei ihm bekannt, daß die Polizeidienststelle teilweise in nicht zweckgerichtet gestalteten Privatwohnungen untergebracht sei. Von daher sei ein Neubau, der sowohl den Polizeibeamten als auch den Bürgern sachgerechte Möglichkeiten erschließe, dringend notwendig.